

Es fehlen:

Olaf Gottschalk
Renate Meis
Marlies Mensing
Bernd Telgmann

Borken
Ahaus
Heek
Rhede

Erledigung der Tagesordnung:

Vorsitzender Heinz-Josef Tönnies eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Erschienenen.

A. Öffentlicher Teil**Punkt 1: Begrüßung durch Herrn Bürgermeister Rößing**

Bürgermeister Rößing begrüßt die Erschienenen im Ratssaal der Gemeinde Raesfeld und informiert im Weiteren über die aktuelle Situation der Gemeinde Raesfeld. Dabei geht er insbesondere auf die für die Jugendhilfe relevanten Bereiche ein. Er freut sich, dass die Gemeinde Raesfeld mit der Einrichtung der offenen Ganztagsgrundschule und mit dem Ausbau der Betreuungsangebote für unter 3-jährige Kinder einen weiteren Schritt zur Schaffung eines familienfreundlichen Lebensumfelds mache.

Er wünscht den Anwesenden erfolgreiche und gute Beratungen.

Punkt 2: Begrüßung durch den Vorsitzenden Herrn Tönnies

Vorsitzender Tönnies bedankt sich im Namen des Jugendhilfeausschusses für die Gastfreundschaft und wünscht der Gemeinde Raesfeld einen erfolgreichen Start für das Projekt der Betreuung unter 3-jähriger Kinder.

Punkt 3: Bestellung einer Schriftführerin für den Jugendhilfeausschuss
Vorlage: 0061/2006

Berichterstatter: Hans-J. Overmann

Beschluss: einstimmig

Kreisamtfrau Sandra Bußmeier wird zur Schriftführerin für den Jugendhilfeausschuss bestellt.

Punkt 4: Betreuungsbedarfsplanung
Vorlage: 0063/2006

- a) Aktuelle Platzsituation der Plätze in Kindergärten**
- b) Umfrage in der Gemeinde Raesfeld**
- c) Zustimmung zu den Richtlinien Tagespflege**

Berichterstatte

Mechtild Schulze Hessing

Einleitend gibt Herr Overmann einen Rückblick auf die einzelnen Schritte zur Umsetzung des Betreuungsbedarfes für unter 3-jährige Kinder. Nachdem sich aus der Studie der Fachhochschule Bocholt herauskristallisiert habe, dass es einen erheblichen Betreuungsbedarf gebe, wurde beschlossen, das Thema weiter in den Blick zu nehmen und die sozialräumlichen Bedürfnisse zu ermitteln.

In einem zweiten Schritt gelte es jetzt, die Rahmenplanung bis 2010 umzusetzen und in enger Zusammenarbeit mit den Akteuren vor Ort eine Versorgungsquote von 20 % für unter 3-Jährige abzudecken. In der Gemeinde Raesfeld würde nun mit der ortsspezifischen Umsetzung begonnen.

Frau Schulze Hessing erläutert die Sitzungsvorlage und gibt einen Überblick über die Belegung der Tageseinrichtungen im Kindergartenjahr 2006/2007 (Anlage 1 zur Niederschrift). Danach läge Raesfeld mit 91 freien Kindergartenplätzen deutlich an der Spitze. Aus diesem Grund sei Raesfeld die erste Gemeinde, in der mit der ortsspezifischen Bedarfsabfrage begonnen werde. Mit anderen Gemeinden befinde sich der Fachbereich Jugend und Familie im Gespräch, um in Abhängigkeit von den Gegebenheiten vor Ort die weiteren Verfahrensschritte zu klären (Anlage 2 zur Niederschrift).

Auf Nachfrage von Frau Seidensticker-Beining zur zeitlichen Perspektive der Umsetzung in allen Kommunen teilt Frau Schulze Hessing mit, dass hierzu erst eine konkrete Aussage gemacht werden könne, wenn Erfahrungen aus der Bedarfsumfrage in der Gemeinde Raesfeld vorlägen.

Anhand einer weiteren Folie (Anlage 3 zur Niederschrift) geht Frau Schulze Hessing auf die mit der Gemeinde Raesfeld abgestimmte Vorgehensweise ein. Nach Ostern würden die Fragebögen, die mit der Gemeinde und den Trägern der Kindertageseinrichtungen abgestimmt seien, zusammen mit einem Infoblatt, einer Einladung zum Infoabend und einem Freiumschlag an die entsprechenden Familien versandt (Anlage 4 zur Niederschrift). Der Abgabetermin sei der 05.05.2006. Dabei hoffe man auf eine große Resonanz.

Im Weiteren stellt sie den Fragebogen vor. Dieser sei bewusst nicht anonym gehalten und frage sehr detailliert den Betreuungsbedarf ab, um die Angebote bedarfsgerecht auszugestalten.

In der Jugendhilfeausschusssitzung am 01.06.2006 würden erste Daten vorliegen, um eine Tendenz aufzeigen zu können.

Zum Punkt 3 der Vorlage weist Frau Schulze Hessing auf die wesentliche Eckpunkte hin.

Vorsitzender Tönnies bedankt sich für die gute Vorbereitung.

Frau Pohl signalisiert die grundsätzliche Unterstützung. Sie gibt aber zu bedenken, dass doch auf die Tagesmütter im Vergleich zur Aufwandsentschädigung, die sie erhielten, zunächst einmal recht hohe Kosten für Atteste und Bescheinigungen zukämen und erfragt Möglichkeiten zur Befreiung von diesen Kosten. Außerdem erkundigt sie sich nach Ausbildungsangeboten und deren Kosten und bittet, eine Übersicht über Tagesmüttervereine mit ihren Angeboten zu erstellen. Die Verwaltung sagt dies zu.

Diskutiert wird im weiteren Verlauf die Regelung zur Übernahme der Kosten der Tagespflege durch den Kreis Borken, wenn sie durch die Verwandtschaft, insbesondere durch die Großeltern erfolge. Frau Schulze Hessing führt dazu aus, dass bei dieser Regelung auf die Unterhaltspflicht abgestellt worden sei. Danach würden die Kosten für Tagespflegepersonen aus der Verwandtschaft, die nicht in gerade Linie zum Kind stünden, durch den Kreis Borken übernommen. Bei Großeltern sei die Situation eine andere, da sie zum unterhaltspflichtigen Personenkreis gehörten. Eine Ausnahme würde dann gemacht, wenn die Großeltern nachwiesen, die eigene Berufstätigkeit aufzugeben, um die Betreuung zu gewährleisten. Herr Haßenkamp weist darauf hin, dass diese Regelung in Bezug auf die Betreuung durch Verwandtschaft bereits sehr weitreichend sei. Immerhin müsse man beachten, dass durch die vorgesehene Regelung Kinderbetreuung innerhalb einer Familie finanziert werde.

Vorsitzender Tönnies lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

Beschluss: einstimmig

1. Der Bericht zur aktuellen Situation der Plätze in den Kindergärten wird zur Kenntnis genommen.
2. Dem mit der Gemeinde Raesfeld abgestimmten Verfahren zur gemeindespezifischen Bedarfsabfrage wird zugestimmt.
3. Den Richtlinien zur Tagespflege wird zugestimmt.

Punkt 5: Sachstandsbericht offene Ganztagsgrundschule
Vorlage: 0059/2006

Berichterstatte(r)in: Elisabeth Möllenbeck

Frau Möllenbeck erläutert die Vorlage. Dabei gibt sie einen Rückblick auf die Entwicklung seit 2004. Nachdem die Resonanz auf die Einführung der Ganztagschule zunächst sehr zurückhaltend gewesen sei, käme nun Bewegung hinein. Nicht zuletzt dadurch, dass das Land die für die Ganztagschule notwendigen Investitionen an den Schulen über entsprechende Zuschüsse finanziere.

Verantwortlich für die Einführung der offenen Ganztagsgrundschule seien die Schule und der Schulträger. Der Kreis Borken übernehme hierbei eine beratende Funktion. Einige Kommunen hätten bereits das Angebot einer offenen Ganztagsgrundschule umgesetzt, mit anderen würden Kooperationsgespräche geführt. geführt (s. auch Anlage 5 zur Niederschrift). Hierbei ginge es vor allem darum, die ortspezifischen Gegebenheiten zu berücksichtigen und unter Berücksichtigung der verschiedenen Interessenslagen angemessene Lösungen zu finden.

Eng in diesen Prozess eingebunden seien die Arbeitsgemeinschaften. Vor allem durch Mails sei es möglich, alle Beteiligten zeitnah zu informieren und einen Austausch anzuregen.

Sie führt weiter aus, dass inzwischen im Hinblick auf die Nachmittagsangebote große Bewegung in die Trägerlandschaft gekommen sei. Die Schule entscheide dabei, mit welchem Träger sie kooperiere.

Als markante Punkte in der Umsetzung erwiesen sich vielfach der Umgang mit der Abholphase und die Frage, inwieweit eine Anwesenheitspflicht der Schülerinnen und Schüler bestünde oder das Angebot freiwillig angenommen werden könne.

Herr Groß spricht sich in diesem Zusammenhang dafür aus, dass die Möglichkeit, den Konfirmandenunterricht am Nachmittag durchzuführen, auch dann bestehen bleiben solle, wenn an den Hauptschulen die Ganztagschule einführt würde.

Vorsitzender Tönnies bedankt sich für die Ausführungen.

Beschluss: einstimmig

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Kooperation von Jugendhilfe und Schule im Rahmen der offenen Ganztagsgrundschule zur Kenntnis.

Punkt 6: Anerkennung eines Trägers der freien Jugendhilfe
Vorlage: 0065/2006

Berichterstatter: Hans-J. Overmann

Frau Gertz nimmt an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

Auf Nachfrage von Herrn Huesmann erklärt Herr Overmann, dass die Vredener Georgspfadfinder e.V. nach § 75 SGB VIII einen Anspruch auf Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe hätten, da die Voraussetzungen für die Anerkennung erfüllt seien. Darüber hinaus bestünde aber auch noch ein DPSG-Stamm, der über seine Bundesebene bereits anerkannter Träger der Jugendhilfe sei.

Vorsitzender Tönnies lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Kreisjugendhilfeausschuss erkennt die Vredener Georgspfadfinder e.V. als Träger der freien Jugendhilfe an.

Punkt 7: Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz
Vorlage: 0066/2006

Berichterstatter: Hans-J. Overmann

Frau Paßerschroer und Herr Hermes stellen den Aufgabenbereich des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes vor (Anlage 6 der Niederschrift).

Auf die Frage von Frau Pohl, inwieweit eine Zusammenarbeit der Bereiche des erzieherischen und des kontrollierend-ordnenden Kinder- und Jugendschutzes erfolge, erläutert Frau Paßerschroer, dass das Jugendamt im Vorfeld von Veranstaltungen miteinbezogen werde und konkrete Probleme im Nachhinein mit dem Veranstalter thematisieren würden. Herr Haßenkamp ergänzt dazu, dass der Fachbereich Gesundheit in der Studie über den Alkoholkonsum von Jugendlichen wichtige Erkenntnisse gewonnen habe. Zu dieser Thematik würde mit den verschiedenen Fachkräfte ein Konzept erarbeitet.

Er betonte, dass es wichtig es sei, die Veranstalter in die Pflicht zu nehmen. Dennoch sähe man sich dazu veranlasst, künftig verstärkt Präsenz vor Ort zu zeigen und entsprechende Kontrollen durchzuführen. Wie diese konkret ausgestaltet würden, sei noch offen.

Frau Gertz wies darauf hin, dass an der AG Sucht- und Gewaltprävention bisher nur öffentliche Träger teilnahmen und dass sicherlich durch die Beteiligung der offenen Jugendverbandsarbeit durch die Nähe zu den Jugendlichen eine bessere Wirkung erzielt werden könne.

Vorsitzender Tönnies bedankt sich für die Ausführungen.

Beschluss: einstimmig

Der mündliche Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 8: Mitteilungen der Verwaltung

1. Herr Overmann teilt mit, dass die Bewerbungsfrist für die Familienzentren am 31.01.2006 ablaufe. Bisher hätten sich 7 Kindergärten beworben.
2. Das „Bündnis für Familien“ sei Thema in der Planungsbegleitgruppensitzung gewesen. Dabei ginge es zunächst einmal um eine Bestandsfeststellung der bestehenden Angebote und der Zusammenarbeit mit den freien Trägern der Jugendhilfe über die Arbeitsgemeinschaften.

3. Zur Umsetzung des Maßnahmenprogrammes 2006 teilt Herr Overmann mit, dass in Bezug auf die Installierung einer Krisenhotline eine Umfrage über Arbeitsgemeinschaft III erfolge, um eine Übersicht über das Angebot der freien Träger zu erhalten. Zu dem Programm „Baby-Think-it-over“ erfolgten zur Zeit Gespräche mit der evangelischen Jugendhilfe und dem SkF Bocholt um zu klären, wie eine Umsetzung aussehen können und welche Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden müssten.

Punkt 9: Anfragen

./.

Ende des öffentlichen Teils

Frau Gertz sich bedankt beim Jugendhilfeausschuss für die finanzielle Unterstützung zum Weltjugendtag und vermittelt mit einem Film einige Eindrücke dieses großen Ereignisses.

Vorsitzender Tönnies schließt die Sitzung um 19:30 Uhr und bedankt sich bei den Anwesenden.

Heinz-Josef Tönnies
Vorsitzender

Sandra Bußmeier
Schriftführerin